

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
Dienst Mittel-/Osteuropa - ECE/UNO

USSR 821 - rib
 Russland 821

Bern, 12.2.1992

Notiz

Weltwirtschaftsforum Davos 1992
Gespräch zwischen Staatssekretär Franz Blankart und dem russischen Vizepremierminister Alexander Schochin

Geht an: Schweizerische Botschaft, Moskau
 EDA, Politische Abteilung 1
 EDA, Polit. Sekretariat
 GS/EVD Herrn G. Stoudmann

Kopie an: blf, ari, maz, esh, dej, hed, rib

Am 22. Weltwirtschaftsforum von Davos hat Staatssekretär Franz Blankart (B) am 1.2.1992 eine unter Leitung von Vizepremierminister Alexander Schochin (S) stehende russische Delegation zu einem Meinungsaustausch empfangen. Am Gespräch waren ferner zugegen: Vladimir Schumejko, Vizepräsident des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, Konstantin Kagalovskij, Senior Adviser der russischen Regierung (zuständig für die Beziehungen zu den Internationalen Organisationen), Frau Zoja Nowoschilowa, Botschafterin der Russischen Föderation in der Schweiz und Viktor Borisenko (Uebersetzer). Bawi-seits waren Botschafter Silvio Arioli und der Unterzeichnete sowie Gérard Stoudmann, GS/EVD, anwesend.

Die Gesprächsthemen umfassten das bilaterale Wirtschaftsvertragsnetz, Fragen im Zusammenhang mit den beabsichtigten Beitritten der Schweiz und Russlands zur WB und zum IWF, Erwartungen und Perspektiven bezüglich eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie die aktuelle Situation für ausländische Investoren in Russland.

Einleitend wies B auf das mit der ehemaligen Sowjetunion geschaffene bilaterale Wirtschaftsvertragsnetz hin und stellte die Frage, ob Russland bereit sei, dieses zu übernehmen. Auch gewisse Anpassungen an die heutigen Realitäten dürften unumgänglich sein. Insbesondere gelte dies für den Handelsvertrag aus dem Jahre 1948, das Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahre 1978 sowie die Abkommen zum Schutz von Investitionen und zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. S beteuerte, dass Russland als Rechtsnachfolgerin der UdSSR die von der Sowjetunion eingegangenen Verpflichtungen einhalten werde. Damit notwendige Anpassungen an die neuen Verhältnisse erfolgen könnten, schlage er die Schaffung eines Russisch-schweizerischen Rates (Sowjets) zur Ueberprüfung des bilateralen Vertragsnetzes vor. Dieser sollte baldmöglichst zusammentreten. B stimmte dem zu und wies darauf hin, dass mit den bestehenden Abkommen auch die Gemischte Wirtschaftskommission weiterexistiere. Arioli ergänzte, der schon bisher übliche



- 2 -

Beizug von Wirtschaftsvertretern sei auch unter den neuen Bedingungen von Nutzen. Mit Deutschland seien anscheinend ähnliche "Kooperationsräte" vereinbart worden.

B wies im weiteren darauf hin, dass der russische Markt für die schweizerische Wirtschaft von grossem Interesse sei. Verschiedene Unternehmen, die über ein ausgewiesenes Know-how etwa im Bereich der Nukleartechnologie und -sicherheit oder im Bereich Engineering verfügten, hätten ihre Bereitschaft signalisiert, mit Russland näher zusammenarbeiten zu wollen. Sie seien auch bereit, von diesem Know-how weiterzugeben oder technische Hilfe zu leisten, wenn dies einem russischen Wunsche entspreche. S wies darauf hin, dass das russische Ministerium für Atomenergie zur Zeit neu strukturiert werde. Er werde es jedoch nicht versäumen, dem zuständigen Minister das gemachte Angebot zu übermitteln.

B erkundigte sich ausserdem nach den Integrationswünschen Russlands in die europäischen und universalen Wirtschaftsstrukturen. Er wies auf die Aehnlichkeit, bzw. Kongruenz der zu lösenden Probleme hin, die sich der Schweiz und Russland bei einem allfälligen Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen stellen werden. Er schlug vor, die beiden Länder könnten sich im Zusammenhang mit der möglichen Schaffung eines 23. Exekutivdirektorensitzes für Europa konsultieren sollten. Kagalovskij dankte für den schweizerischen Vorschlag, wandte aber ein, sein Land erhebe Anspruch auf einen eigenen Sitz.

Nach den Aussichten bezüglich eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in der GUS befragt, betonte S, Russland setze alles daran, um einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit einer Einheitswährung zu erhalten. In verschiedenen ehemaligen Sowjetrepubliken würde zwar die Einführung nationaler Währungen vorbereitet. Russland, Weissrussland (Bjelarus), Kasachstan und Kirgistan wollten aller Voraussicht nach den Rubel beibehalten. Damit in den verschiedenen Staaten neue Währungen eingeführt werden könnten, seien wirksame Grenzen notwendige Voraussetzungen. Ohne dies sei ein solches Unterfangen aussichtslos.

Als Nachfolgerin der Vneshekonombank der UdSSR, die mit der Bedienung der Aussenschuld beauftragt war, bezeichnete S die Russische Aussenhandelsbank. Sie werde die von ihrer Vorgängerin eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Zur Zeit seien noch Umstrukturierungen im Gange, die aber in der Frist von drei Monaten abgeschlossen sein sollten. Der grösste Teil des früheren Personals (2/3) würde übernommen, was den Fortgang laufender Geschäfte garantiere.

Die russische Delegation bezeichnet die Situation für ausländische Geschäftsleute in Moskau als unbefriedigend. Um vermehrt ausländisches Kapital anzuziehen werde gegenwärtig im Obersten Sowjet Russlands ein Gesetz beraten, welches Privatpersonen und in- und ausländische Firmen künftig den Kauf von Grund und Boden ermöglichen solle. Die Annahme eines solchen Gesetzes werde voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Dadurch würden die Geschäftsmöglichkeiten für Ausländer attraktiver und gleichzeitig könnten 300-400 Mio. Rubel gebunden werden, was einen wirksamen Beitrag zum Abbau des grossen Geldüberhangs leisten würde.



(Leo Ribeli)